

Wiener Dampfboot.

№ 265.

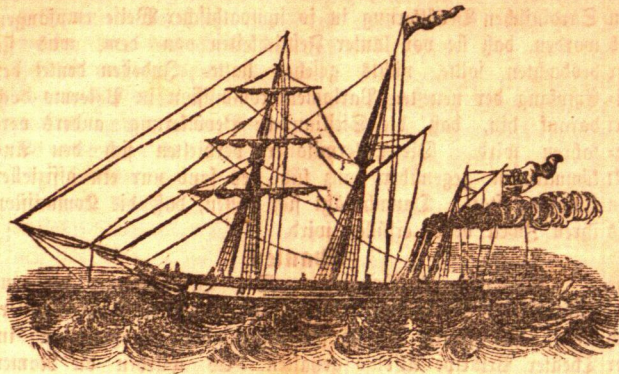
1875.

Freitag,

den 12 November.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pr. Nummer 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Ausland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum
einer Corps-Spaltheile von Abonnenten
mit 15 R.-Pf., von Nicht-Abonnenten
und Auswärtigen mit 20 R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind **spätestens** bis Nachmittag
2 Uhr einzuliefern.
Verlag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

Die Französische National-Versammlung.

Im Laufe der verfloffenen Woche hat das Schauspielhaus in Versailles die Gäste wieder aufgenommen, die drei Monate vorher in Ferien gegangen waren, weil die Majorität vom Februar, die Frankreich mit einer republikanischen Verfassung beschenkt hatte, längst aus dem Leim gegangen und somit eine erspriessliche Winterarbeit vor der Hand unmöglich war.

Man hofft allgemein, daß die wieder aufgenommene letzte Session dieses langen Parlaments die letzte sein werde, und diesmal nicht ohne Grund, weil auch die Regierung die Auflösung will. Die Sitzungspause bot den Parteien Zeit und Gelegenheit, sich auf die Fortsetzung ihres nun schon fünfjährigen Kampfes um die Oberherrschaft zu rüsten, und sie haben es nun redlich gethan, die einen im Geheimen die andern offen; man kann aber nicht sagen, daß die Aussichten auf eine definitive Beendigung des Kampfes besser geworden wären. Freilich hat man sich mit der größten Erbitterung in die Schlacht gestürzt, welche entscheiden soll, ob die am 25. Februar geschaffene Republik in wahrhaft republikanischem Sinne weiter ausgebaut, oder ob sie bis zum wesenlosen Schatten abgeschwächt werden soll, der plötzlich spurlos verschwinden kann.

Der Natur der Sache nach treten bei dem Kampf die Republikaner in den Vordergrund; ihnen entgegen tritt das Ministerium im Namen unbestimmter „conservativer“ Interessen, aber, wie ihm nachgelagt wird, zu politischen Zwecken, die mit jenen Interessen nichts zu schaffen haben. Kurz gesagt: Das Ministerium oder vielmehr dessen Seele, der Minister des Innern und Vize-Präsident Buffet, steht im Verdacht, den Imperialisten die Wege zur Wiederherstellung des Kaiserthums offen halten zu wollen. Daraus folgt natürlich, daß er die richtige Republik unmöglich machen müßte, und das soll durch ein Wahlgesetz geschehen, welches ihm die Leitung der Wahlen für die von der Verfassung vorgeordnete Kammer so ausschließlich als möglich in die Hand gäbe.

Diesen Zweck hofft Herr Buffet durch eine Eintheilung Frankreichs in Wahlkreise zu erreichen, deren jeder nur einen Deputirten zu wählen hätte, und die Republikaner wollen ihn dadurch vereiteln, daß jedes Departement die ihm zufallenden Deputirten auf einmal wählen soll. So stehen sich also die Bezirks- oder Einzelwahl und die Departements- oder Listenwahl gegenüber. Aber die Republikaner beabsichtigen ursprünglich auch, den mißliebigen Minister durch eine Interpellation über seine innere Politik zum Rücktritt zu zwingen, weil sie meinten, die Verabschiedung einer solchen müsse seine Beziehungen zum Bonapartismus kloslegen. Aber Herr Buffet kam ihnen mit der Speculation auf die Bonapartistenfurcht der großen Mehrheit der Nationalversammlung zuvor, indem er das Gerücht verbreiten ließ, wenn die Listenwahl durchgehe, so werde Mac Mahon ein außerparlamentarisches Ministerium ernennen und seine Gewalt sich durch ein Plebisit bestätigen lassen, und dann erklärte er, die Regierung werde in der Nationalversammlung die sofortige Verabschiedung des Wahlgesetzes zur Cabinetsfrage machen, wobei er die Auflösung der Versammlung noch in diesem Jahre in Aussicht stellte.

Durch den Schrecken, den jenes Gerücht einflößte, entzog er der republikanischen Listenwahl die Stimmen aller Gegner der Bonapartisten, insbesondere die der Orléanisten, und durch diese Erklärung nöthigte er die Republikaner zum Verzicht auf ihre Interpellation. Die letzteren suchten zwar den schweren Streich zu pariren, indem sie in der ersten Sitzung der Nationalversammlung durchsetzten, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung des Wahlgesetzes über die Aufhebung des Belagerungszustandes, der noch 40 Departements befällt, und über das Bürgermeistergesetz berathen werden soll, aber das wird ihnen voraussichtlich wenig helfen, denn Herr Buffet, der sehr wohl weiß, daß er die Charakterlosigkeit und die Bonapartistenfurcht der Mittelparteien im entscheidenden Augenblick für sich haben dürfte, hat bereits erklärt, daß er gegen die Verhandlung der beiden Gegenstände nichts einzuwenden habe, wenn vorher ein Preßgesetz vereinbart sei. Der Zweck dieses Vorbehalts ist so klar, daß er keiner weiteren Erörterung bedarf; und so sind denn die Republikaner schon vor dem eigentlichen Beginne des Kampfes durch die überlegene Taktik des Herrn Buffet in eine falsche und darum sehr nachtheilige Stellung gedrängt. Der schlaue Minister schlägt sie mit ihren eigenen Waffen; es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein auf Grundlage der Einzelwahl beruhender Ausgleich mit den Mittelparteien ihm zum definitiven Siege verhilft und demgemäß die Beherrschung der Wahlen mittelst des allmächtigen Verwaltungsapparates ermöglicht.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 9. November. Die Obligationenschuld der Stadt Berlin beträgt nach der neuesten Aufstellung von Seiten des Magistrats insgesamt 96,507,000 Mark. Sie vertheilt sich auf 9 verschiedene Anleihen in 186,224 einzelnen Stücken im Einzelbetrage von 60 bis 3000 Mark. Die älteste dieser Anleihen datirt vom 1. Januar 1828; sie betrug 3,689,000 Thaler und ist 3 1/2 prozentig. Alle übrigen Anleihen sind 4 1/2 prozentig, darunter sind bemerkenswerth die in Folge der politischen Ereignisse des Jahres 1848 aufgenommene Anleihe mit 1 Million Thaler vom 1. Januar 1849, die Anleihe in Folge der Mobilmachung der Armee mit 3 Millionen Thaler vom 11. Juni 1866, die Anleihe für das Rathhaus, die Krankenhäuser und das Irrenhaus mit 2,500,000 Thaler, die Anleihe zu den Erweiterungen der Gasanstalten mit 2 Millionen Thaler, die Wasserwerkanleihe vom Jahre 1874 im Betrage von 30 Millionen Mark und endlich die Kanalisationsanleihe mit 24 Millionen Mark vom 15. Januar d. J. — Von diesen Anleihen werden am Schlusse des laufenden Jahres 39,320 Stück im Gesamtbetrage von 12,633,710 Mark getilgt sein, so daß alsdann noch zu verzinsen bleiben 146,904 Stück im Gesamtbetrage von 83,933,290 Mark.

* In Folge der Verhandlungen im Englischen Parlamente über die Seefahrtsgesetze hinsichtlich der Kauffahrtschiffe sind ähnliche Fragen an den Deutschen Reichstag in Betrachtung gezogen worden. Namentlich ist der Wunsch nach Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes von Neuem aufgetaucht. Der internationale Transportversicherungsverband hat zu diesem Zweck eine Eingabe an den Bundesrath abgehen lassen, in welcher neben andern Forderungen folgendes Ersuchen gestellt wird: „Der Bundesrath möge schleunigst ein Gesetz herbeiführen, durch das eine Reichscentralbehörde geschaffen wird, welche im Allgemeinen mit der Wahrung aller Deutschen Seeschiffahrtsinteressen, soweit solche dem Reiche verfassungsmäßig überwiesen ist, sowie mit der Ueberwachung der gehörigen Ausführung der Deutschen Seegesetze und Verordnungen betraut wird. Dieser Behörde, resp. ihren Unterorganen möge insbesondere die schleunigst mögliche amtliche Untersuchung aller Deutschen oder fremden Seeschiffe an Deutschen Küsten oder Deutschen Schiffen auch sonstwo zustehenden Unfälle zur Pflicht gemacht werden.“ Ferner wünscht der Verband, daß diese Reichscentralbehörde Beamte ernennen dürfe, welche das Recht haben, Deutsche Seeschiffe, die im Verdacht der Seemüchtheit stehen, auf Antrag von Interessenten zu besichtigen und, im Fall der Verdacht sich begründet, am Auslaufen zu verhindern.

* Die „Nord. Allg. Ztg.“ erklärt die von verschiedenen Blättern, namentlich der „Köln. Ztg.“ gebrachte Nachricht, daß im Anschluß an die Enquête über die Raiffeisen'schen Darlehnskassenvereine eine Untersuchung derselben aus Staatsmitteln in Aussicht genommen sei, für durchaus grundlos. Diese Angabe entbehre jedes thatsächlichen Anhalts, da eine solche Untersuchung niemals weder in Aussicht gestellt noch genommen worden sei.

* Aus der vorgestrigen Bundesraths-Sitzung wird noch bekannt, daß eine Mittheilung über den Stand der Arbeiten bezüglich des Entwurfs eines Deutschen bürgerlichen Gesetzbuches gemacht worden ist, aus welchem erhelle, wie sich diese Arbeiten in der nächsten Zeit vertheilen und gestalten werden. — Bei den Erörterungen über den Etat des Reichskanzleramts wurde die Forderung von 400,000 Mk. für die Universität Straßburg in sehr eingehende Erwägung gezogen. Die abschließende Zustimmung zu der Position lehnte sich an die sehr lebhafteste Befürwortung derselben seitens des bei den Beratungen theilgenommenen Ober-Präsidenten der Reichslande, v. Möller. — Der Militär-Etat wurde genehmigt. Morgen wird man in den Ausschüssen den Marine-Etat prüfen und es wird zum vollständigen Abschluß der Budgetarbeiten noch im Laufe dieser Woche eine Plenarsitzung erwartet. — Der Bericht des Justiz-Ausschusses über die Strafrechts-Novelle ist noch nicht erschienen und die Plenarberatungen über diesen Gegenstand dürften sich bis zur nächsten Woche hinziehen. Bis dahin werden der Bayerische Justizminister v. Häußle und der Württembergische Justiz-Minister v. Mittnacht hier eintreffen. Nach der erwähnten Zusammenstellung der Bundesraths-Entscheidungen bezüglich der Reichstags-Anträge hat der Bundesrath die Resolution auf Erlass eines Gefängnisgesetzes dem Reichskanzler-Amt überwiesen und ist letzteres mit den Vorarbeiten für ein Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe beschäftigt. Bekanntlich hat das Preussische Justiz-Ministerium dem Reichskanzler eine Denkschrift und einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf als Vorschlag für ein Gefängnisgesetz überreicht, welches Material

jedenfalls für die zu erwartende Vorlage benutzt werden wird. Es scheint indessen zweifelhaft, ob dieselbe in dieser Session noch vorkommen wird.

Rußland.

Der Wiener „Pol. Corr.“ wird aus Petersburg geschrieben: „Die derzeitigen Russischen Truppenbewegungen in den südwestlichen Provinzen des Reiches repräsentiren nichts anderes als eine organisatorische Wandlung, welche in so fern äußerlich auffällig erscheinen mag, als die gesammte Militär-bewegung sich nur auf eine Linie zusammenbringt und in Folge dessen leichter den Charakter der Massenhaftigkeit annimmt. Die ganze Sache aber — welche noch überdies durch niemals bei solchen Anlässen fehlende Gerüchte übertrieben wird — reduziert sich einfach auf den nach den eben beendigten Lagerperioden organisationsgemäß stattfindenden Standeswechsel der Uelauer und Rekruten und den um dieselbe Zeit durchzuführenden Dislocationswechsel. Was die Feldausrüstung betrifft, so ist alles, was dazu gehört, bei jedem Russischen Regimente auch im tiefsten Frieden vollständig vorhanden. Nur finden gegenwärtig die systemmäßigen Revisionen durch die Intendanturen statt. Die Ausschreibung von Lieferungen endlich ist gleichfalls nur normalmäßig, wie denn in allen anderen Armeen ja auch im Spätherbste der Bedarf für das nächste Jahr sicher gestellt wird. Daß auch die Industriellen der Nachbarstaaten eingeladen werden, sich an den Lieferungen zu betheiligen, ist eine alljährlich wiederkehrende und bei den innigen Handelsbeziehungen der Grenzländer wohl erklärliche Erscheinung. Eben so begreiflich ist es, daß zur Ergänzung des erst vor Kurzem reorganisirten Sanitätsmaterials die ausländische Industrie, namentlich für chirurgische Instrumente, Glas- und Kauschuk-Artikel, deren Beschaffung in Rußland derzeit noch nicht so vollständig und wohlfeil erreicht werden kann, in Anspruch genommen werden kann.“

Frankreich.

Paris, 7. November. [Special-Correspondenz.] In dem Augenblicke, in welchem die Nationalversammlung im Begriff steht das Wahlgesetz zu beraten, macht eine Broschüre besonderes Aufsehen, welche sich mit der Vergangenheit des Listensystemstutiniums beschäftigt. Das Büchlein führt den Titel „la loi électorale, le collège de département et le scrutin de liste.“ Der Verfasser Lamirant sucht an der Hand historischer Citate nachzuweisen, daß ursprünglich mit dem Listensystem nur die volle Wahlfreiheit bezeichnet werden sollte. Von 1789 bis zum 18. Brumaire hatten alle Konstitutionen das Departementscollegium zur Basis für die Wahl der Repräsentanten gemacht. Am 18. Brumaire mit dem Beginn der autokratischen Gewalt Napoleon's wurde das Listensystem unterdrückt. In die Charte der Restauration wurde, wenn auch nach heftigen Kämpfen, das Listensystem unter der Form von Departementscollegien wieder aufgenommen. Doch drei Jahre später schon wurde dieser Wahlmodus durch einen aus königlicher Initiative hervorgegangenen Gesetzesentwurf verdrängt. Die Veranlassung zu einer solchen rückwärtigen Vorlage hatte die Wahl eines ehemaligen Konventmitgliedes gegeben. Es war dies, wie dies ein Vertreter der Regierung sagte, ein Scandal, der die Natur selbst erzittern ließ. Um die Wiederholung ähnlicher unangenehmer Vorfälle zu vermeiden, fand man kein anderes Mittel als die Wahlart einzuführen, welche man heute mit dem Ausdruck Arrondissementswahlen bezeichnet. Die Revolution von 1848, welche das allgemeine Stimmrecht gesetzlich einführt, stellte das Listensystem wieder her als ein Mittel um den nationalen Willen am unverfälschtesten zum Ausdruck zu bringen. Am 2. Dezember 1851 fand die Stadt Paris beim Erwachen eine Proclamation an die Wäner angeschlossen, in welcher Louis Napoleon die Basen der Verfassung entwickelte, welche er nach dem Staatsstreich Frankreich zu geben beabsichtigte. Der hauptsächlichste dieser Grundgedanken war folgender: Ein gesetzgebender Körper, der die Gesetze beräth und bestatigt, ernannt durch das allgemeine Stimmrecht aber ohne Listensystem, welches die Wahlen fälscht. — Morgen wird der Ministerrath unter dem Vorstehe des Marshalls wiederum zusammentreten. Das Conseil wird sich in die Sitzung ausschließlich mit dem Wahlgesetze und den Rednern befassen, welche von Seiten des Ministeriums bei den Debatten zu sprechen haben. Die Herren Buffet und Dufaure sollen, wie von sonst gut unterrichteter Seite bestimmt behauptet wird, im Laufe der Debatten eine Lanze zu Gunsten des Arrondissementstutiniums einlegen. Daran, daß Dufaure offen und entschieden für diese Wahlart eintreten sollte, darf man in dessen noch so lange Zweifel hegen, als man seine Worte noch nicht schwarz auf weiß vor sich hat. Auch das Preßgesetz,

dessen Vorlage der Justizminister gestern in der Kammer ver-
kündet hat, wird einer nochmaligen Verathung des Kabinetts
unterliegen. Wenn nach einer so eingehenden Behandlung
nicht Gutes daraus wird, so kann man alle Hoffnung auf-
geben. — Ueber den Untergang des Admiralschiffs „Magenta“
soll eine peinliche Untersuchung angestellt werden. Der Kon-
treadmiral Lagé ist mit dieser Aufgabe betraut worden und
schon heute zu diesem Zweck nach Toulon abgereist. Der von
ihm zu erstattende Bericht soll einem Kriegsgericht überwiesen
werden. Gegen wen die Anklage gerichtet werden soll, ob
gegen den Geschwaderkommandanten Viceadmiral Roze oder
gegen den Befehlshaber des Schiffs Kapitän zur See Gali-
bert, weiß man noch nicht. — In officiellen Kreisen versichert
man, daß nach dem Vorgange mit Deutschland auch die hie-
sige Italienische Gesandtschaft in eine Votischast umgewandelt
werden soll. Man fügt dem noch hinzu, daß die bisherigen
Gesandten Marquis de Noailles und Komthur Nigra nächstens
den Votischastertitel erhalten würden.

— 8. November. Der seit gestern in Paris weilende
Marquis Conti, Freund und Sekretär des Grafen Chambord,
überbringt, wie es heißt, den reinen Legitimisten den Wunsch
des Grafen, sie sollen für das Votischast-System stimmen oder
sich, wenn die von ihnen gewünschte Abschaffung des allge-
meinen Stimmrechts nicht zu erreichen sei, der Abstimmung
enthalten. Da die bloße Enthaltung von 50 Legitimisten
der Arrondissementwahl den Ausgang machen und damit Herrn
Buffet stützen würde, so wird das Gerücht von republikanischer
Seite heftig aufgegriffen, doch ist es eben ein bloßes Gerücht,
und die Legitimisten haben nicht die Gewohnheit, das was sie
bei verschlossener Thür berathen, voreilig ins Publikum zu
bringen. Die Gruppe de Clercq stellt den Antrag, daß für
die active politische Wahlfähigkeit die Listen, welche den
Gemeinderathswahlen zu Grunde liegen, entscheidend sein
sollen. Mit anderen Worten, nur der soll Wähler sein, der
ein Jahr lang sich an demselben Ort aufgehalten hat. Das
alte Bestreben der Broglie'schen Partei, die Zahl
der Wähler um jeden Preis zu vermindern, tritt da-
mit wieder hervor. Doch findet es wenig Anklang; es ist zu
einleuchtend, daß die Bedingung des längeren Aufenthalts in
der Gemeinde für die politischen Wahlen weniger gerechtfertigt
ist, als für die municipalen. Auch wurde bei Verathung des
Gemeinbewahlgesetzes ausdrücklich darauf verwiesen, daß die
Aufenthaltsfrist für die municipalen Wahlen länger sein müsse,
als für die politischen. Der Dreißiger-Ausschuß ist für eine
Frift von sechs Monaten; Buffet soll eine längere beanspruchen.
Der Kampf um das Wahlgesetz treibt überhaupt sonderbare
Wahlen: der Francais drückt sorgfältig alle Reden und Briefe
der Intransigenten ab, er fungirt förmlich als Organ der
Heren Raquet und Genossen, um dem linken Centrum Angst
zu machen; und die Debats bringen einen langen Artikel aus
den Amerikanischen Zuständen worin der Beweis geführt wird,
daß in Frankreich das Arrondissementverfahren vorzuziehen sei.
— Die Broschüre des Grafen Arnim ist in einzelnen Exem-
plaren an die hiesige Presse gelangt worden: sie erregt das
vorübergehende Interesse aller Scandalisten: die hie-
sigen Parteien finden Manches darin, was sie benutzen können,
um einander Vorwürfe zu machen, und so werden die Blätter
sie eifrig verwerthen. Der Moniteur hat den Anfang gemacht,
indem er eine Depesche des Fürsten Bismarck abdruckt, welche
für ihn den Beweis bildet, daß die republikanische Herrschaft
des Herrn Thiers die schwächste unter den möglichen ge-
wesen ist.

Italien.

Rom, 6. November. [Spezial-Correspondenz.] Der
mit dem Beginne des Sognoprozesses über die in- und
ausländische Presse verhängte Belagerungszustand dauert noch
mit voller Stürze fort. Der „Diritto“ ist erste in diesen Ta-
gen wieder zu 100 frs. Buße verurtheilt worden, weil er
die am ersten Gerichtstage verlesenen Actenstücke veröffentlicht
hatte. In dem Urtheile heißt es, die Bestrafung des „Di-
ritto“ war, nach dem Buchstaben des Gesetzes notwendig, der
Richter erkennt somit an, daß die Bestimmung des Geset-
zes, wonach Gerichtsverhandlungen vor ihrem
Schluß nicht veröffentlicht werden dürfen, absurd ist. Es
macht sich daher auch in allen Kreisen eine lebhaftige Agitation
bemerklich, um eine Aenderung oder Streichung des betreffen-
den Paragraphen herbeizuführen; in der nahe bevorstehenden
Kammer Sitzung wird diese Angelegenheit von vornherein zum
Gegenstande von Verhandlungen gemacht werden. Einnüt-
liche Zeugenaussagen vor dem Gericht kommen dahin überein,
daß Luciani der eigentliche Schuldige an dem Attentat ist, doch
trat die eigenthümliche Erscheinung zu Tage, daß ein großer
Theil der Zeugen sich weigerte, ihre Aussagen durch Eid zu
bestätigen; andere Zeugen wieder leisteten den Eid nur unter
Vorbehalt. Der Grund, weshalb die Eidesleistung verweigert
wurde, war ein verschiedener, einerseits waren mehrere Zeugen
ihrer Sache nicht so gewiß, um sie beschwören zu können,
andrerseits konnten sich mehrere „Freidenker“ nicht entschließen,
den Eid in der vorgeschriebenen Weise auf die heilige Schrift
zu leisten. Es entspann sich in Folge dessen eine eigenthüm-
liche lebhafte Scene. Der Gerichtspräsident gab sich alle
mögliche Mühe, um diese Reitenten zur Eidesleistung zu
bringen, aber vergeblich, dieselben blieben unerschütterlich. Der
Zeuge Cataldi erklärte auf das Anbringen des Präsidenten:
„Ich begreife nicht, wie man im 19. Jahrhundert noch einen
Versuch machen kann, meinem Gewissen einen Zwang anthun
zu wollen. Ich bleibe bei meiner ersten Erklärung fest stehen
und werde auf das Buch (die Bibel) nicht schwören. Ich bin
Freidenker, nun macht, was Ihr wollt.“ Ein anderer Zeuge
Guglielmi erklärte unter dem Gelächter des Auditoriums:
„Ihr könnt mir eher die Hand abhauen, als daß ich sie auf
dieses Priesterbuch lege, welches ich verabscheue.“ Der Staats-
anwalt verlangte danach die sofortige Verhaftung dieser Eides-
verweigerer, der Gerichtshof zog sich in Folge dessen zu-
rück und kam zu dem Beschlusse, dieselben ebenso
wie alle anderen Zeugen unbehelligt gehen zu lassen.

ber Staatsanwaltschaft weitere Schritte überlassend. —
Die vielgenannte Parlamentskommission, welcher die Unter-
suchung der Sicilianischen Zustände anvertraut wurde, ist in
diesen Tagen in Palermo angelangt. Offen gesagt, erwartet
Niemand von derselben ein besonderes Resultat. Eine gleiche
Kommission wurde schon einmal abgeleitet, um den Beschwerden
der Insel Sardinien auf den Grund zu gehen, und kam um-
verrichteter Sache zurück. Die Commission war von der
Sardinischen Bevölkerung in so sympathischer Weise empfangen
worden, daß sie vor lauter Festlichkeiten von dem, was sie
beobachten sollte, nichts gesehen hatte. Indessen deutet der
Empfang der neuesten Parlamentskommission in Palermo doch
darauf hin, daß die Sicilianische Bevölkerung anders ver-
fahren wird. Die Palermitaner verhielten sich den An-
kömmlingen gegenüber ganz kühl, es fand nur ein offizieller
Empfang statt. Danach läßt sich hoffen, daß die Kommission
ihren Zweck besser erfüllen wird.

Spanien.

Madrid, 7. November. Die Versammlung der con-
stitutionellen Partei, welche Sagasta als ihren Führer aner-
kennt, hat heute ihre längst angekündigte Versammlung im
Theater Principe Alfonso gehalten. Es wurden die Namen
von 212 früheren Senatoren und Abgeordneten ver-
lesen, welche sich dem Programm der Partei angeschlossen
haben. Sagasta theilte in seiner Rede mit, daß 37
Generäle der Versammlung hatten beizuhören wollen,
aber durch militärische Vorschriften abgehalten seien, die
Absicht auszuführen. Der General Serrano habe den Vor-
sitz führen sollen, sei aber im letzten Augenblick verhindert
worden. Darauf erging der Redner sich in einem Lobe der
Armee wegen ihrer Siege über die Carlisten, um daran die
Vermuthung zu knüpfen, daß die constitutionelle Partei die
öffentliche Ordnung wieder hergestellt und die Armee
reorganisiert habe — ein Verdienst, welches im Grunde Coste-
lar gebührt. Auf die politischen Fragen übergehend, hob
Sagasta hervor, daß die Gegner der constitutionellen
Partei nicht zu einem Einverständnis gelangen könn-
ten. Er wies auf die Lücken und Fehler der Verfassung
von 1845 hin und erklärte: „Wir wollen die liberalste
Partei in der Monarchie Alfonso's XII. sein. Wir
verlangen die Verfassung von 1869, deren Fehler wir ver-
bessern wollen, indem wir jedoch gleichzeitig den Geist der
September-Revolution ihr bewahren. Wir werden die Re-
ligionsfreiheit und die bürgerlichen Grundrechte vertheidigen.
Der Vorstand der Partei wird seiner Zeit entscheiden, ob wir
zur Wahlurne schreiten wollen. Wir werden von dem Kampfe
zurücktreten, wenn er nicht frei ist.“ Der Redner schloß mit
dem Wunsche, daß der Krieg in Cuba wie in Spanien ein
schnelles Ende finden möge.

Amerika.

In Folge der Erklärung Rußlands, daß es sich zur Be-
schickung der Ausstellung in Philadelphia entschlossen habe, wird
dieselbst kein für Europa vorbehaltener Platz leer bleiben. Die
schließliche Zustimmung Rußlands hat unsere Regierung aus
einem unangenehmen Dilemma befreit. Kurz nachdem der Con-
greß — trotz seiner Verwahrung, daß er für die Kosten nicht
verantwortlich sei — der Ausstellung eine halbwegs nationale
Sanction erteilt hatte, ließ das Staats-Departement durch
unsere Gesandten an alle auswärtigen Mächte Einladungen
ergehen. Deutschland, England, Frankreich und die meisten
anderen Europäischen Nationen nahmen die Einladung sofort
an. Ueber den Grund der Zurückhaltung Rußlands sind seiner
Zeit die verschiedensten Vermuthungen aufgestellt worden.
Nun hat jedoch in Petersburg schließlich eine liberalere Den-
kungsweise Platz gegriffen. Dadurch schwindet der letzte Zweifel
vor der Vollständigkeit und dem Glanze der ausländischen De-
partements der Ausstellung. Alle Nationen Europas, sämt-
liche civilisirte Völker Asiens und Afrikas und alle Länder
Nord- und Südamerikas ohne Ausnahme werden also
in Philadelphia mit den Vereinigten Staaten in
die Schranken treten. Der schließliche Erfolg der
Ausstellung ruht demnach jetzt in Händen der
Unternehmer, d. h. des Staates Pennsylvanien, und es ist die
höchste Zeit, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die nöthi-
gen Geldmittel zu beschaffen. Einzelstaaten, Körperschaften und
Individuen haben reichlich beigezeichnet, dennoch fehlt es so
weit noch an nahezu 3,000,000 D., um die Gebäude so
wie sonstige Vorbereitungen zu vollenden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. November. Das erste Heft der Arnim-
schen Broschüre: „Pro Nihilo; Vorgeschichte des Arnim'schen
Prozesses“, erschien anonym zu Zürich; die Vorrede datirt au-
ßerdem vom 4. October. Die Schrift ist geeignet, das
größte Aufsehen zu erregen. Sie behandelt die ganze Vor-
geschichte des Confliktes, welchen der Verfasser aus dem Som-
mer 1872 datirt, wo Arnim in Ems mit dem Minister
Eulenburg und dem Kölner Domherrn Drenken zusammentraf
und die Ansicht vertritt, daß die beabsichtigten Gewaltmaßregeln
gegen die Bischöfe sich nicht bewähren werden, billigte. Der
zweite Anlaß sei die durch Holstein an Bismarck gelangte
Mittheilung, daß Arnim in Berliner Privatbriefen als dessen
Nachfolger bezeichnet werde. Die Broschüre enthält eine An-
zahl noch unbekannter Berichte und Erlasse, von denen nament-
lich ein Erlaß des Reichskanzlers vom 19. Juni 1873 von
Interesse ist, worin Arnim wegen seiner direkten Verichte an
den Kaiser getadelt wird. Ferner berichtet die Schrift über
eine Unterredung mit Bismarck vom 1. September 1873 und
über eine Audienz Arnim's beim Kaiser vom gleichen Tage.

Breslau, 9. November. Nachdem am 5. d. M. dem
Fürstbischof Jöcher des Erkenntniß des kirchlichen Gerichtshofes,
durch welches seine Absetzung ausgesprochen wird, be-
hängigt worden, ist heute von dem Oberpräsidenten an das
D. m. capitel die Aufforderung zur Wahl eines Bischofsver-
weisers ergangen.

Moskau, 9. November. Es kann aus authentischer
Quelle versichert werden, daß demnächst der Concurs über die

hiesige Commerz-Bank aufgehoben werden und an dessen
Stelle eine Liquidation der Bank treten wird, welche von Seiten
des Finanzministeriums und der hiesigen Kaufmannschaft ge-
leitet werden soll. Wahrscheinlich in Folge dieses Verfahrens
soll die Entlassung der verhafteten Mitglieder des Ausschus-
ses und des Dr. Stronsberg aus der Haft erfolgt sein.
Der Letztere muß sich übrigens verpflichten, Moskau vorläufig
nicht zu verlassen.

Prag, 7. November. Die Dubnaer Arbeiter wurden
mit 1400 fl. zum Theile ansgezahlt, mit weiteren Forderungen
aber vertröstet. Der Massenverwalter beauftragte den Fabriks-
director, morgen mit 100 Arbeitern die Arbeit wieder aufzu-
nehmen und das vorliegende Material aufzuarbeiten.

London, 9. November. Wie dem „Reuter'schen Bureau“
aus Penang vom heutigen Tage gemeldet wird, ist der ver-
stümmelte Leichnam des ermordeten Britischen Agenten Birch
nunmehr aufgefunden worden. Zwischen den nach Penang
geschickten Englischen Truppen und den Malagen ist es zu
einem Zusammenstoß gekommen, in welchem ein Capitän der
Englischen Truppen gefallen, 2 Offiziere und 8 Mann ver-
wundet sein sollen.

— 10. November. Bei dem Lord-Mayors-Banket waren
Graf Münster und Graf Veust zugegen. Veust beantwortete
den Toast auf die Vertreter des Auslands. Er glaubt im
Namen der abwesenden und anwesenden Collegen sagen zu können,
daß er an die Erhaltung des Friedens glaube. Disraeli be-
antwortet den Toast auf das Ministerium und sagt betreffs
der Angelegenheiten des Auslands: Dank dem gefundenen Sinne
der Chinesen und der Energie Wades, sowie den Hilfsmitteln
des Britischen Cabinets in China, glaube er den Krieg mit
China jetzt abgewandt. Hinsichtlich der ausländischen Ange-
legenheiten in einem minder entfernten Welttheil hätte er ge-
wünscht, sagen zu können, daß dieselben jetzt ebenso befriedi-
gend seien, wie Englands Beziehungen mit China. Es wäre
Affection, dies vorzugeben. Die Revolution in den Türki-
schen Provinzen hat einen Zustand herbeigeführt, welcher in
jenem Welttheil oft kritisch werde. Im gegenwärtigen Falle
hatte eine nicht hoch genug anzuerkennende weise Nachsicht der
direkt interessirten Großmächte eine so glückliche Wirkung her-
vorgebracht, daß wir vor einigen Monaten zu glauben be-
rechtigt waren, daß jene ernste Unruhe sofort aufhören werde.
Ein unglückliches Ereigniß, eine finanzielle Katastrophe, hat
den verschiedenen Kampf wieder angefaßt, allen Ver-
hältnissen ein neues Ansehen gegeben und Hoff-
nungen und Besorgungen an Stellen und in
Kreisen geschaffen, wo sie nicht bestanden hätten. Es sei un-
möglich zu sagen, daß Verhältnisse solcher Art nicht kritisch
sind, aber er habe unausgesetzt großes Vertrauen in die er-
wähnte Nachsicht. Er glaube, diese Nachsicht werde ferner
angeübt werden, und habe nicht nur die Hoffnung, sondern
die Ueberzeugung, daß Mittel gefunden werden, die ein be-
friedigendes Ergebnis herbeizuführen; ein Ergebnis, vereinbarlich
mit der Erhaltung des Friedens und befriedigend für die
öffentliche Meinung Europas. (Beifall). Er wüßte kein
anderes Resultat in Aussicht zu nehmen. (Erneuter Applaus).
Er wüßte nur zu sagen, daß die Interessen der kaiserlichen
Mächte in dieser Frage unzweifelhaft directer als diejenigen
Englands seien; aber obgleich directer, sind sie nicht bedeutender
und die Leiter der Englischen Angelegenheiten sind sich des
Charakters und der Wichtigkeit dieser Interessen völlig bewußt
und sind entschlossen, sie zu wahren und zu beschützen. (Leb-
hafter Beifall). Disraeli erwähnt den Besuch des Prinzen
von Wales in Indien, von dem er wichtige Resultate erhofft.
Er glaubt, die Nation sei mit der inneren Politik der Re-
gierung zufrieden, die aufrichtig sociale Verbesserungen anstrebe
und schließt in der Hoffnung, das nächstjährige Banket zur
Erhaltung des Friedens beglückwünschen zu können, er hoffe
gleichzeitig, erfolgreich in der Inlandspolitik zu sein, damit
falls die Nothwendigkeit entstehe und falls der Königin die
Pflicht auferlegt werde, ihre Macht und Stärke zu zeigen, sie
im Stande sei, an ein zufriedenes vertrauendes Volk zu
appelliren.

Paris, 8. November. Unter vorstehendem Datum geht
der „Nat.-Z.“ folgendes Privattelegramm zu: Hierseits circulirt
das vielfach geglaubte Gerücht, der vorgestern in Paris ein-
getroffene Graf Monti habe den Befehl des Grafen Cham-
bord überbracht, die Legitimisten sollten für das Votischast-
system stimmen. — Der Unterstaatssekretär im Justizministerium,
Dardoux, welcher bekanntlich seine Entlassung verlangt und
erhalten hat, wurde heute von den Deputirten der Linken be-
glückwünscht, weil er die bisher von ihm bekleidete Stellung
seiner Ueberzeugung geopfert hat.

Versailles, 9. November. Die Nationalversammlung
nahm die sechs ersten Artikel des Wahlgesetzes in der be-
kannten Fassung an und setzte ein sechsmonatliches Domicil
nur für politische Wähler und als erforderliches Alter für die
Wahlberechtigung das 25te Jahr fest. Ueber Artikel 7, die
Wahlbarkeit von Militärpersonen, erhebt sich eine längere De-
batte, Jules Simon bekämpft das Amendement Rive, welches
alle activen Militärs für unwählbar erklärt. Der Kriegs-
minister dankt für die Anerkennung des Patriotismus und der
Disciplin der Armee und bekämpft die Wahlbarkeit von
Militärs, nur um die Disciplin aufrecht zu erhalten. Die
Armee dürfe nicht an der Politik theilnehmen, ihre einzige
Aufgabe sei die Aufrechterhaltung der von der National-
versammlung votirten Verfassung. Der Kriegsminister erklärt
sich für das Amendement Rive mit einziger Aenderung dahin,
daß die zur ersten Section des Generalstabes gehörigen
Officiere wählbar seien, weil sie bereits vor dem Feinde den
Oberbefehl führten, und ebenso die Officiere der Territorial-
armee. Die Nationalversammlung nahm mit 425 gegen
212 Stimmen den Artikel 7 in der Fassung des Kriegs-
ministers, außer den Paragraphen, betreffend die Officiere der
Territorialarmee, an, worüber die Verathung auf morgen
verlagert wird.

Rom, 10. November. Die gestern nach Madrid abge-

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

Die Verlobung ihrer Tochter Mathilde mit dem Gutsbesitzer Herrn Fritz Fleiß auf Schelken beehrt sich statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzuzeigen

Emma Meyer,
geb. Rohrmoser.

Hahnmeister Ferdinand Medmann,
Betty Medmann, geb. Kallschmidt,
ehelich Verbundene.

Heirathsgeld: 1000 Thlr., den 9. Nov. 1875.

41. Sterbefall pro 1875. Ad Abth. A.
Nr. 389 ist am 9. November der Arbeits-
mann Minde gestorben.

36. Sterbefall pro 1875. Ad Abth. B.
Nr. 242 ist am 9. November die Wittwe
Arnowitz gestorben.

33. Sterbefall pro 1875. Ad Abth. C.
Nr. 254 ist am 9. November der Arbeits-
mann Minde gestorben.

Memeler Turngenossenschaft.
Sonnabend, 13. November c.,
Abends 8 Uhr,
im Theater Saale

außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: Antrag auf Abänderung des § 13 der Statuten. Winterfestlichkeiten.
Der Turnrath.

Im gross. Schützensaale.

Sonntag, den 14. November

Grosses Abend-Concert.

Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.
Entree 2½ Sgr. Der Saal
wird gut geheizt. R. Laade.

National- Dampfschiffs-Compagnie

Zwei leichte zweispännige Arbeitswagen sollen
Sonnabend, Vormittags 11 Uhr, am
Schauspielhause meistbietend verkauft werden.

Zwei **Wagenpferde**, Schimmel und
Brauner, hat **morgen Sonnabend,** um
11 Uhr, am Theaterhause zu verkaufen
Hohorst, Clausmühlen.

Elegante

Filz- und Sammethüte in neuesten
Facon habe wieder frisch erhalten,
auch die neuesten Muster von Fran-
zösischen Blumen empfehle hiermit
angelegentlich **J. Sahm.**

Sieben erhielt ich auch eine große
Sendung garnirter und ungarnirter
Wolltücher in einer sehr hübschen Aus-
wahl z. sehr billigen Preis. **J. Sahm.**

Englische Regenröcke

in verschiedenen Stoffen und allen Größen
empfiehlt von 7½ Thlr an

Julius v. Niemierski,

Vibauerstr. 20 und

Börsestr. 1—4, Wasserseite.

Die modernsten **Heberzieher**,
Rad- und Hosenstoffe empfiehlt
in großer Auswahl **A. Schoeler,**
Schneidermeister.

Jede Bestellung wird in kurzer Zeit san-
ber und billig ausgeführt.

Für Hautleidende!

Vielfach bewährte Heilmittel gegen Flech-
ten und andere hartnäckige Hautausschläge
sendet bei genauer briefl. Mittheilung

C. A. Gabler, Apotheker

in Arnstein bei Würzburg.

Bergmann's

Zahn- mittel

Unter den
verschie-
denen
Bädungen,
die in
Blechboxen
besonders
praktisch.

A. H. Schramm

Waldheim 1. S.

empfehlen Apotheker **L. Schultz.**
R. Guttzeit.

Beste Schottische

Maschinen - Kohlen,

vorzüglich zur Feuerheizung,
verkauft aus dem Schiffe „Wilhelmine An-
tonie“ Capt. de Voer, vor meinem Plage lie-
gend, mit und ohne Anfuhr billigst

Franz Born.

Weisse Schabbel-Bohnen

3 Sgr. pro Liter empfiehlt

G. Heycke, Rosenstr. 1.

ERNST'scher Gesangsverein.

Heute Freitag, den 12. November
Abends 8 Uhr, Uebung im Fischer'schen
Saale. Der Vorstand.

Sonnabend, den 13. November,
Vormittags 9 Uhr, **Predigt und Bar-
Mizwa-Feier** im Beilocale der Syna-
gogen-Gemeinde. **Dr. Rülfs.**

Theater-Gröffnungs-Anzeige.

Freitag, den 19. d. M., werde ich die
Ehre haben, die Bühne in Memel zu er-
öffnen. Zur ersten Aufführung gelangt:
„Fröhlich“, oder: „Der Berliner Chorist.“
Musikalisches Duoblet in 2 Akten von
L. Schneider. Hierauf: „Mannschaft an Bord.“
Operette in 1 Akt von Zeit. Musik von
Suppée. Costüme und Decorationen neu zur
Operette.

Da ich mehr wie je gethaa für die
Bühnen-Ausstattung und Repertoire, ersuche ich
die geehrten Theaterfreunde, wie alle meine
werthen Gönner und Freunde, mein Unter-
nehmen nach besten Kräften zu unterstützen.

Anmeldungen zu Billets, unter Berücksich-
tigung der früheren reservirten und abonni-
rten Plätze, werden im Theaterbureau von
Montag ab in Empfang genommen Väter-
straße No. 3, eine Treppe hoch.

Hochachtungsvoll
H. Lincke.

Die Schuldner der Handlung **R. Guttzeit**
werden aufgefordert, die schuldigen Beträge an
den unterzeichneten Concurs-Verwalter zur
Vermeidung der Klage einzuzahlen.

Justizrath **Toobe.**

Bilder-Ausstellung im grossen Rösensaale.

Zwölf Cartons Münchener Künstler
zu Victor von Scheffel's
„Ekkehard.“

An Wochentagen von 11—12
und 2—3, Sonntags von 10 bis
3 Uhr. Eintritt 30 Pfennige; —
für Vereinsmitglieder und ihre An-
gehörigen Partoutbillets. Pro-
gramme gratis.

Der Kunstverein.

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Stand am 1. October 1875.

Versichert 46,200 Personen	283,500,000 M.
Hiervon neuer Zugang seit	
1. Januar: 2512 Per- sonen mit	20,546,600 =
Ausgabe für 729 Sterbe- fälle	4,116,500 =
Eingenommen an Prämien und Zinsen	9,050,000 =
Bankfonds	68,550,000 =
Dividende im zehnjährigen Durchschnitt 36,3 Prozent.	

Zur Auskunstvertheilung jeder Art und An-
nahme von Versicherungsanträgen sind bereit

J. Hoefman,
R. Mason,
J. F. Anker, Aug.

von Stettin nach New-York jeden Mittwoch 38 Thlr.

Ahorn-Holz-Platten

zu Laubsägenarbeiten offerirt

W. Brandenburger, Linden-Allee 2.

Gute Schläger.

Echte Harzer-Kanarienvögel,

Roller, Flöter und Nachtigallschläger, stehen
vom 12. bis Montag, den 15. zum Verkauf.
Eindengarten, Alexanderstraße Nr. 10—12 bei
Herrn Otto Laubien.

Die Vichtschläger von 6 bis 9 Uhr Abends.

C. Hempel.

Steyrische & Türk. Pflaumen,
Pflaumentreide offeriren, um zu räumen, zu
jedem nur annehmbaren Preise.

Angrobeit & Neumann,
Friedr.-Wilh.-Straße 33. 34.

Prima Schott. Maschinenkohlen

offerire aus dem Schiffe Union, Capt. Pla-
beck, an mein'm Plage liegend, mit und ohne
Anfuhr zu billigstem Preise.

Louis Müller.

Pr. Loose kauft u. verkauft mit Aufgeld
Basch, Berlin, Mollenn. 14.
Göliner Domb., Göln. u. Berliner Flora-Loose
verleude à 1 Thlr. 5 Sgr. mit Liste.

Ein Damen = Pelztragen mit braunem
Futter ist auf dem Wege zwischen Sprech an
und Eisenbahnhof verloren gegangen. Finder
wird gebeten, denselben H. Sandstr. 10 abzugeben.

Ein schwarzer Damen = Pelzhandschuh ist
heute von der Poststr. bis zum Ferdinandsplatz
verloren worden. Der Finder wird gebeten, gegen
eine Belohn. dens. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Ein weißes Schaf ist Dienstag Nachmitt-
ag vom Hofe gelaufen. Wiederbringer erhält
angemessene Belohnung bei

A. Engelen, breite Straße 2.

Eine Knabenmütze ist gefunden worden
und kann gegen Erstattung der Insertions-
gebühren abgeholt werden **Bräuerstr. 5.**

Ein routinirter **Buchhalter** wünscht seine
freie Zeit durch das Führen kaufmännischer
Bücher auszufüllen. Gest. Offerten in der Ex-
pedition d. Bl. unter „Buchführung“ erbeten.

Ein jüngerer **Materialist** findet eine
Stelle durch **L. Schultz, Fr.-Wilh.-Str. 27.**

Ein Knabe, der Lust hat die Bäckerei zu
erlernen, kann sich melden bei **Bäcker**

Froehlich.

Ein kräftiger **Bursche**, der Lust hat die
Lilcherei zu erlernen, kann sich melden bei

C. Kundt,

Baderstraße No. 7.

Junge Mädchen, welche gründl. Unter-
richt in der Damenschneiderei erl. w., können
eintr. bei **Johanna Bohs, Vibauerstr. 20.**

Ein tüchtiges kräftiges Dienstmädchen kann
sich melden **Festungsstraße 1.**

Heute Abend

empfehl **Kartoffelsinken**
J. Richert.

Wohnungs-Veränderung.

Meine Wohnung befindet sich jetzt **Var-
straße No. 2, am Hurwiz'schen Haus**
A. Lietzmann, Maler.

Bazararbeiten jeder Art werden geschmack-
voll und billig angefertigt
Hohe Straße No. 4, part. rechts.

Bekanntmachung.

Der Bedarf sämtlicher Verpflegung
Bedürfnisse incl. Brod, Semmel und Fleis-
für das hiesige königliche Garnison-Lazareth
pro 1876 soll im Wege der öffentlichen Sub-
mission vergeben werden. Desfallige Offerte
sind bis

zum 13. November c., Vorm 9½ Uhr
im Bureau des unterzeichneten Garnison-
Lazareths, Postenstraße No. 7, versiegelt m.
entsprechender Aufschrift versehen, einzulegen.
Die Bedingungen sind während der Dienst-
stunden daselbst einzusehen.

Memel, den 9. November 1875.

Königl. Garnison-Lazareth.

AUCTION.

Vier starke gesunde kräftige groß-
Arbeitspferde sollen **Sonnabend, den**
13. d. M., Vormittags 11 Uhr, am Schau-
spielhause meistbietend verkauft werden.

Alle Sorten Gemüse

(nicht gefroren) sind heute zu Wagen angekom-
men und täglich auf dem Gemüsemarkt zu haben
Grombolsky aus Ruß

**C. Messing,
Stettin.**

gemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden
zur Verrichtung des definitiven Verwaltungs-
personals

auf den 23. December 1875,

Vormittags 11½ Uhr,
vor dem Commissar Herrn Kreisrichter Grün-
hagen im Terminszimmer No. 18 zu er-
scheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht,
hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen
beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm
Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der
Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen
Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns
berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten be-
stellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen,
welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, wer-
den die Rechtsanwalte Meyhöfer, Can-
und der Justizrath Toobe zu Sachwaltern
vorgeschlagen.

Memel, den 11. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Memel, den 9. November 1875.

Am 1. December d. J. findet nach den
Beschlüssen des Bundesraths des Deutschen
Reichs eine **Allgemeine Volks- und Ge-
werbezählung** statt.

Nach den ergangenen Bestimmungen ist
dabei auch diesmal vorzugsweise auf die frei-
willige Selbstthätigkeit der Ortsbewohner ge-
rechnet und die Mitwirkung der Behörden
hauptsächlich auf organisatorische und con-
trollirende Thätigkeit beschränkt. Demnach
kann die Zählung nur dann ein richtiges Re-
sultat liefern, wenn sich auch aus unserer Ein-
wohnerschaft die erforderliche Anzahl Personen
findet, die sich dem Zählungsgeschäfte unter-
ziehen, wie dies bei den früheren Volks-
zählungen mit ebenso großer Bereitwilligkeit
als günstigem Erfolge geschehen ist.

Indem wir überzeugt sind, daß unsere
Mitbürger in Vethätigung ihres Gemeinns
auch diesmal sich hervorzuheben und den übr-
igen Städten in dieser Beziehung nicht nach-
stehen werden, theilen wir hierdurch mit, daß
wir specielle Einladungen zu dem wichtigen
Amte eines Zählers in Circulation gesetzt ha-
ben und bitten bei Vorlegung derselben um
bereitwillige und zusagebende Uebnahme eines
solchen Ehrenamtes.

Der Magistrat.

Memel, den 9. November 1875.

Bekanntmachung.

Das Publikum fordern wir hierdurch auf,
die bis zum 8. November c. fällig gewesene
Communal- und Klassensteuer innerhalb acht
Tagen an unsere Stabs-Kasse einzuzahlen,
widrigenfalls die executivische Vertheilung er-
folgen wird.

Der Magistrat.

Druck und Verlag von F. B. Siebert in Memel.
Verantwortliche Redacteur Dr. Rülfs in Memel.
Beilage.

Freitag, den 12. November 1875.

Deutscher Reichstag.

7. Plenarsitzung. Dienstag, 9. November.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12¹/₄ Uhr. Am Tische des Bundesraths: Die Staatsminister Delbrück, v. Kottitz-Wallwitz, Präsident des Eisenbahn-Amtes Meybach, Generalmajor Fries u. A.

Die Commission zur Vorberathung der Gesekentwürfe betreffend die Abänderung des Lit. VIII. der Gewerbeordnung und betreffend die gegenseitigen Hilfskassen ist gewählt und hat sich wie folgt constituirt: Dr. Hamburger Vorsitzender, Dunker (Stellv. desselben, Frhr. v. Wendt und Henrichs Schriftführer.

Tagesordnung: I. Verlesung der nachstehenden Interpellation des Abg. Baron v. Minnigerode: 1) wann wird dem Reichstage Mittheilung über die Verhandlung der in der Eisenbahntariffrage niedergesetzten Enquetecommission zugehen? 2) wann wird dem Reichstage der Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes zur Verathung vorgelegt werden?

Nach Begründung derselben durch den Interpellanten, beantwortet, der Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amtes Maybach die Interpellation wie folgt: Was den ersten Theil der Frage betrifft, so ist im Wesentlichen keine Beantwortung bereits in den Mittheilungen enthalten, welche dem Reichstage soeben in Nr. 25 der Druckfachen zugegangen sind. Die Mittheilungen geben den Gang der Verhandlungen, welche in Folge des Beschlusses des Bundesraths eingeleitet worden sind, genau an. Es lag in der Natur der Sache, daß die Verathungen über den so wichtigen Gegenstand nicht so rasch gefördert werden konnten, als in dem Wunsche vieler liegen mochte. Hindernisse aller Art standen der raschen Entwicklung der Sache entgegen. Dank den anstrengenden Bemühungen der Commission ist dieselbe indeß dem Abschluß nahe. Der Vorsitzende der Commission hat dieselbe zu einer Schlußberatung und Feststellung des Berichts auf den 8. December zusammenberufen und wird sonach die Regierung sich hoffentlich bald in dem Besitze desselben befinden. Es wird kein Bedenken haben, nicht allein die Vorschläge der Commission, sondern auch die gesammelten Verhandlungen über die Vernehmung der Sachverständigen alsbald vorzulegen. Was die zweite Frage angeht, so hat die Regierung vielfache Aufforderungen zur Vorlage eines entsprechenden Entwurfs erhalten, und liegt eine solche Aufforderung auch in der Verfassung selbst. Das Reichs-Eisenbahn-Min hat es auch als seine eigene und vornehmste Aufgabe erkannt, recht bald den Entwurf eines solchen Gesetzes vorzulegen und deshalb bald nach seiner Constituirung im Frühjahr 1874 einen Entwurf der Öffentlichkeit zur Kritik und den verbündeten Regierungen zur Aeußerung übergeben. Ausstellungen und Vorschläge, die dem Reichseisenbahnmin zahlreich zugegangen waren, führten von vornherein zu einer Umarbeitung des ersten Entwurfs, welche wiederum der Öffentlichkeit und zwar den weitesten Kreisen übergeben wurde. Auch gegen diesen Entwurf sind einige Bedenken laut geworden, wenn derselbe auch von manchen Seiten als ein wesentlicher Fortschritt bezeichnet worden. Die Konferenz von Sachverständigen, welche im Juli d. J. zur informativischen Verathung zusammentrat, erhob eine Menge von Ausstellungen gegen verschiedene Principien des Entwurfs. Auch diese Bedenken haben der Regierung Veranlassung gegeben, die Angelegenheit einer erneuten Erörterung zu unterziehen. Es ist hiernach nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die Angelegenheit auf einer ganz anderen Basis regelt, als dies ursprünglich in Aussicht genommen war. Sie werden daraus ersehen, daß die Regierung es nicht an Bemühungen hat fehlen lassen, die Sache zum gewünschten Abschluß zu bringen. Allein Angesichts der großen und tiefgehenden Schwierigkeiten, welche einer Regelung derselben so, wie sie dem Interesse und dem Bedürfnisse der Nation entspricht, entgegenstehen, bin ich nicht in der Lage, den Zeitpunkt genau zu bezeichnen, bis zu welchem ein entsprechender Gesekentwurf dem Reichstage zugehen wird.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

II. Antrag des Abg. Hasselmann und Gen. auf Aufhebung des bei dem Preussischen Obertribunal gegen den Abg. Hasenclever schwebenden Strafverfahren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes für die Dauer der Session. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

III. Erste Verathung der Gesekentwürfe betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und an Mustern und Modellen und betreffend den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung.

Bundesamter-Geh.-Rath Dambach leitet die Debatte mit einem längeren Vertrage ein indem er die Bestimmungen der einzelnen Gesetze speciell erörtert. In Bezug auf den ersten Entwurf bemerkt Redner, daß derselbe keine Bestimmungen enthalte, welche nicht von künstlerischen Sachverständigen und Industriellen genau geprüft und genehmigt sind. Er könne daher nur die Bitte aussprechen, daß das Haus diesem Gesetze die unveränderte Zustimmung geben möge, um so auch auf dem Gebiete der Kunst eine Rechtseinheit zu schaffen, an welcher es bisher gefehlt habe. Wichtiger sei der zweite Entwurf über den Musterschutz. Zum ersten Male sei in Deutschland ein solches Gesetz an eine gesetzgebende Versammlung gelangt und die ganze Industrie ganz Deutschlands sage, daß mit diesem Musterschutzgesetz eine neue Aera auf dem Gebiete der Industrie anbrechen werde. Dieses Gesetz behandle aber eine über alle Begriffe schwierige Materie, umso mehr als man für dieselbe eine ganz neue Grundlage habe schaffen müssen. Ausgegangen sei die Anregung dazu namentlich von den Fabrikanten in Elbsch-Lothringen, welche darauf hingewiesen, daß die Einföhrung eines Deutschen Musterschutz-

gesetzes für die dortige Industrie geradezu eine Lebensfrage sei. Die Regierung habe sich bemüht, ein systematisch geordnetes Gesetz vorzulegen. Er könne daher auch nur empfehlen, auf dieses Gesetz einzugehen und der Deutschen Industrie den so lange entbehrten Schutz zu gewähren. — Was den dritten Entwurf anlangt, so stimme derselbe im Wesentlichen mit dem im Jahre 1870 vorgelegten überein, der damals nur aus dem Grunde abgelehnt worden sei, weil der Reichstag den Schutz der Photographien im Zusammenhange mit dem Schutze der Werke der bildenden Künste und der Kunstindustrie geregelt haben wollte. Materiell sei nur insofern eine Aenderung eingetreten, als Jeder, der sich photographiren lasse, das Eigenthum an der Photographie erhalte. Er empfehle auch diesen Gesekentwurf zur Annahme.

Abg. Dr. Weßky stand früher auf dem Standpunkt des Reichstags, daß die Kunstindustrie geschützt werden müsse, praktische Bedenken aber haben ihn zu anderer Ansicht gebracht. Haben wir selbst einmal einen Musterschutz, so müssen wir denselben auch dem Auslande zu Gute kommen lassen. Frankreich hat die Herrschaft der Mode in Besitz genommen. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser und nothwendig ist, alle Gewerbe zu schützen. Bei dem Schutze verbessert sich die Qualität der Waare und des Musters, ist kein Schutz vorhanden, verschlechtert sich alles. Auch im Interesse der Arbeiter liegt der Schutz, denn es wird alsdann die Beschäftigung der Arbeiter bezahlt werden können. Im Großen und Ganzen wird sehr viel mehr Geld und Mühe verwendet werden und es wird sich in Deutschland eine Mode entwickeln, welche die Herrschaft über den Geschmack gewinnen wird. Wenn ich nun auch mit dem Principe des Gesetzes mich einverstanden erklären kann, so bin ich doch gegen verschiedene einzelne Bestimmungen. Der Musterschutz wird große Störungen hervorrufen, der Uebergang muß deshalb erleichtert werden. § 1 ist nicht haltbar. Nicht ein Theil des Musters darf geschützt werden, sondern nur das Muster im Ganzen. Die Einrichtung der Muster-Register ist durchaus keine Musterrolle, in der man finden kann, was geschützt ist, was nicht. Ich meine, wenn man die Schutzfrist weit ausdehnen wollte, so müßte man eine gemeinschaftliche, örtliche und gleich gültige Musterrolle haben. Man sieht, daß das Gesetz der Abänderung bedarf und beantrage ich daher die Ueberweisung desselben an eine Commission.

Abg. Dunker: Er hätte geglaubt, daß das Gesetz auf principiellen Widerspruch stoßen würde. Dies sei nicht der Fall und er könne sich daher dem Vorredner nur anschließen. Er schließe sich den Anhängern des Musterschutzgesetzes an, nicht weil er darin einen Schutz der Großindustrie und des Kapitals sehe, sondern weil die kleine Industrie und der erfindende Geist des Arbeiters und seine ästhetische Ausbildung dadurch zur richtigen Geltung kommen. Er glaube, daß dieses Gesetz der richtige, aber auch der einzige Schutz sei, den man der Deutschen Industrie angedeihen lassen könne. Redner wünscht ebenfalls Commissionsberatung.

Abg. Sonnemann glaubt, daß Deutschland durch diese Vorlage einen alten Fehler gut mache. Alle umliegenden Staaten hätten solchen Schutz, nur unsere Industrie nicht, deshalb sei Deutschland in der Industrie zurückgeblieben und deshalb die gegenwärtige Krisis derselben. Mit dem Musterschutz allein aber sei noch nichts gethan, es müßten noch andere und große Anstrengungen gemacht werden, damit wir zu einer Entwicklung der Industrie kommen, auf welche die Zollfrage keinen so großen Einfluß üben könne. Redner erklärt sich für 5 Jahre als Maximum des zu gewährenden Schutzes. Elbsch-Lothringen gegenüber trage man durch dieses Gesetz eine große Schuld ab und werde dadurch einen außerordentlich guten Eindruck machen. Auch dieser Redner empfiehlt Ueberweisung an eine besondere Commission, welchem Vorschlage sich noch der Abg. Ackermann anschließt.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen.

IV. Erste Verathung des Gesekentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds.

Abg. Dr. Windthorst: Meine Herren, ich habe bereits bei Verathung des Reichs-Invalidengesetzes darauf hingewiesen, daß die Anlegung dieses Fonds so wie es geschehen, ein politischer und wirtschaftlicher Fehler sei. Aber dennoch bin ich überrascht worden von den Ereignissen und der Verwaltung dieses Fonds, denn sie haben nur zu bald gezeigt, wie sehr ich mit meiner Behauptung Recht gehabt habe. Deshalb sage ich auch heute noch, daß es ein politischer und wirtschaftlicher Fehler war, den Fonds in dieser Weise anzulegen, und daß es ein neuer Fehler wäre, wenn wir den Invalidenfonds fortbestehen ließen. Ich bin nicht einen Augenblick zweifelhaft darüber, daß das Vaterland die Männer, die ihre Gesundheit im Dienste desselben geopfert, auch voll und ganz entschädigen müsse. Aber darin ganz verchieden ist die Frage, ob man zur Befriedigung der Invaliden einen solchen Fonds schaffen müsse oder ob man die Invalidenpensionen nicht wie alle anderen Pensionen auf den Etat nimmt. Letzteres halte ich für das allein richtige, denn ein Fonds von dieser Bedeutung wird in den Taschen der Unterthanen viel vorfichtiger und sicherer verwaltet werden, als vom Reiche aus geschehen kann. Ich bin der Meinung, daß das Vorhandensein eines so großen Fonds in den Händen des Reichs deshalb bedenklich ist, weil es der Regierung dadurch ermöglicht wird, einen Druck nach verschiedenen Seiten hin auszuüben, welche auf die freie Entwicklung der Staaten,

der Communen u. nachtheilig einwirken kann. Es ist nun allerdings nicht zu verkennen, daß die Verhältnisse derart sind, daß die Zurückführung derselben auf den ursprünglichen Zustand eine schwierige ist; aber dies ist doch nur scheinbar der Fall. Die Schwierigkeit liegt nur in dem großen Besitze solcher Papiere, welche man am wenigsten in diesem Fonds erwarten sollte, denn was jetzt das Reich im Großen und Ganzen zu tragen hat, würden sonst die Staaten im Einzelnen zu tragen haben. Die Lage des Arbeitsmarktes ist gegenwärtig eine derartige, daß man die Gelder viel besser verwenden könnte; auf diese Weise käme das Geld wenigstens dem Inlande und nicht dem Auslande zu Gute. Die Summe von 187 Millionen Thalern ist für die Zwecke des Fonds viel zu groß. Man reducire den Fonds auf das Bedürfniß und vertheile denselben auf die einzelnen Staaten. Will man aber den Fonds in der bisherigen Weise forterhalten, so müssen bessere Verwaltungsgrundsätze eingeführt werden, die Vorlage, die uns gemacht ist, ist weit entfernt davon, etwas in dieser Beziehung zu verbessern. Auf diese Weise wird die Sache nur noch schlimmer werden zum Schaden des Landes und des Vertrauens der Deutschen Finanzverwaltung. Ich halte es deshalb für rathsam, die Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen, denn ich bin der Meinung, daß die Frage, wie es möglich gewesen, daß eine so großartige Summe mehr oder minder in Speculationspapieren angelegt werden könne, einer gründlichen Prüfung bedarf. Nach meiner Ansicht läßt sich die Anlage des Fonds in Papieren, die nicht pupillarische Sicherheit genießen, gar nicht verantworten. Die Commission wird auch zu prüfen haben, welche Bankiers zu dem Ankauf der Papiere zugezogen, von wem dieselben gekauft und ob und welche Bemühungen die Verwaltung angewendet, um sie bei dem Herannahen der Krisis wieder los zu werden. Erst wenn alle diese Fragen auf das genaueste untersucht worden, werden wir im Stande sein, zu prüfen, wie die Dinge liegen und ob und welche Verschuldigungen, wie sie in öffentlichen Blättern vorgekommen sind, auf Wahrheit beruhen. Ich wünsche dies namentlich im Interesse aller derer, die hierbei beschuldigt sind. (Beavo.)

Abg. Dr. Hamburger: Der Mensch gewöhnt sich an Alles, auch an Spitznamen und man muß heutzutage froh sein, wenn man nur auf solche Weise genannt wird. So habe ich mich an den Namen einer hohen Finanzkapazität gewöhnen müssen. (Heiterkeit.) Man erlebt es ja sogar, daß Leute, welche irgendwo eine besondere Meinung äußern, sofort der gemeinsten egoistischen Motive bezüchtigt werden. Ich erinnere Sie dabei an die famose Bemerkung der Volkszeitung über einen Artikel, der mir untergeschoben, in der That aber vom Abg. Eug. Richter verfaßt war. (Heiterkeit.) Ich bin dabei dem Abg. Dr. Windthorst dankbar, daß er mich als Finanzkapazität bezeichnet. Er hat mir mit seiner formidablen Ankündigung von Nachweisen zuerst Schrecken eingejagt, denn ich glaube nicht an seine Unfähigkeit in finanziellen Dingen. Indes ist Alles, was er gesagt hat, gering im Vergleich zu dem, was man sagen könnte, wollte man dies Gesetz zum Gegenstande einer Opposition machen. Er ist uns den ganzen Beweis für das Unglück schuldig geblieben, das der Invalidenfonds angerichtet haben soll; es ist nur eine augenblicklich unter gewissen Mithlichkeiten verkäufliche Portion von Papieren da — das ist aber weder politischer noch finanzieller Ruin. Es ist lange vorher gesagt worden, daß wir den Termin von 1876 wahrscheinlich würden verlängern müssen; entschließen wir uns nun zu der Prolongation und gestatten außerdem die Erwerbung auswärtiger Effecten, so wird der §. 2 des Gesetzes vorerst ein ganz todtter Buchstabe sein, also dem Ideal eines Gesetzes im Sinne des Vorredners nahe kommen. Könnten wir diese Prioritäten zum heutigen Course losschlagen, so müßten wir es thun, würden wir sie aber auf den Markt, so würde der Course gedrückt werden, wir würden große Verluste erleiden und das muß vermieden werden, d. h., wir müßten den Termin prolongiren. Was die Frage anlangt, ob es überhaupt ein Fehler war, diese Prioritäten zu erwerben, so muß ich mich dem Vorredner bis zur näheren Aufklärung anschließen. Es kann nicht bestritten werden, daß die betr. Commission sich allzu sehr auf die Anschaffung von nicht garantirten Eisenbahnprioritäten concentrirt hat, und der Ueinegeweihte kommt dabei auf allerhand Vermuthungen. Die Verwaltung des Fonds hat sich vielleicht nur durch einen Courseverlust verführen lassen. Hätte man meinen Rath im Jahre 1873 befolgt und mehr in fremden Anleihen angelegt, so hätte man heute nicht nur ein gutes Geschäft gemacht, sondern könnte die Bestände auch leicht realisiren. Ich bin indeß weit davon entfernt, der Regierung einen Vorwurf zu machen, denn ich weiß, daß das Reich nicht organisiert ist zu einer so großen Finanzverwaltung. (Zustimmung.) Wir werden aber vor allen Dingen Auskunft erhalten müssen über die einzelnen Anlagen, über ihre Sicherheit u. Der Industrie und dem Arbeitsmarkt könnten wir aber sicherlich keinen größeren Schaden zufügen, als wenn wir jetzt diese 150 Millionen Prioritäten an den Markt brächten. Die Frage über den Termin bis 1880 oder länger behalten wir der zweiten Verathung vor. Was die gesammelten Anleihen betrifft, so scheint mir die Anschaffung derselben in diesem Augenblick nicht mehr so günstig, als früher, weil bei dieser Frage unser Wechselcourse nicht in Betracht kommt. Wer diese Dinge leicht nehmen will, dem sage ich: wer kann wissen, wie sich die Verhältnisse mit der Zeit gestalten? Diese Sache muß man rationell ordnen, d. h., politisch, constitutionell. (Beifall.)

Bundes-Commissar, Geh. Rath Dr. Michaelis ist

überreicht davon, daß der Abg. Windthorst, der doch den Invaliden Alles bewilligen wolle, den Invalidenfonds ganz auflösen oder auf ein geringes Maß beschränken wolle. Die Erhaltung des Fonds sei gerade im Interesse der Invaliden eine Nothwendigkeit. Im Uebrigen glaube er, daß die Gründe, welche gegen die Institution des Invalidenfonds geltend gemacht worden, im gegenwärtigen Stadium kaum mehr einer Erwiderung bedürfen, weil die Gesetzgebung darüber bereits entschieden habe und es sich bei diesem Gesetze nur um einige durch die Erfahrung begründeten Aenderungen des Invalidenfonds handle. Herr Windthorst wolle zwar eine Verlängerung der Frist zugeben, aber nur von Jahr zu Jahr. Bei Feststellung einer so kurzen Frist werde das Vertrauen nicht so leicht wiederkehren. Der zweite Redner habe die Kapitalanlage einer Kritik unterzogen. Hätte man damals die Kenntniß von der Bewegung des Marktes gehabt, wäre die Zukunft so klar gewesen, wie die Vergangenheit jetzt ist, so wäre die Anlage allerdings in mancher Beziehung eine andere gewesen. Redner hätte der Regierung damals seinen Rath nicht vorenthalten sollen, vielleicht wäre die Anlage dann eine Bessere geworden. Wäre die Anlage in älteren Prioritäten erfolgt, so hätte ein höherer Cours gezahlt werden müssen und die Verluste wären noch größere gewesen. Dasselbe gelte von den auswärtigen Anleihen. Eine Prüfung in Bezug auf die Sicherheit der Anlage dürfe die Verwaltung nicht scheuen, wenn auch der gegenwärtige Zeitpunkt nicht gerade der geeignete sei. Jetzt schließt Redner, lassen Sie uns nur die Erfahrungen der Vergangenheit benutzen und folgen Sie der Regierung in der Richtung ihrer Vorlage.

Bundesbevollmächtigter, Sächsischer Staats-Minister v. Rositz-Wallwitz: Es ist leicht den Angriffen des Abg. Windthorst zu antworten, da er dieselben nicht substantiirt hat. Er scheint der Verwaltung einen Vorwurf zu machen aus der Anlage in Prioritäten; aber mit einer einzigen unbedeutenden Ausnahme sind sie alle vor dem 1. October 1873 erworben und die Herren Ellwanger & Co. sind erst nach diesem Termin in die Verwaltung eingetreten. Ferner soll diese Verwaltung nicht früh genug den Versuch zur Veräußerung dieser Prioritäten gemacht haben. Wir haben im Sinne des Gesetzes geglaubt, uns von Speculationen fern halten zu müssen. Anfangs 1874 waren die Fonds noch gar nicht ganz angelegt; hätten wir damals die Prioritäten veräußert, so hätten wir in der That Speculationen machen müssen. Anfangs dieses Jahres sind uns allerdings Anträge auf Darlehen zugegangen und wäre eine Veräußerung von Prioritäten am Platz gewesen. Wir mußten uns aber überzeugen, daß das nur mit sehr großen Verlusten möglich gewesen wäre. Jede nähere Untersuchung hat die Verwaltung in keiner Weise zu scheuen.

Hierauf wird die Debatte auf morgen 12 Uhr vertagt: Tages-Ordnung Fortsetzung der Debatte über das Invalidengesetz und mehrere Anträge. Schluß 4 Uhr.

Unter'm Hammer.

Von M. v. Rostowska

(Fortsetzung.)

Anton, der mit seinen Geschwistern in einem Bette lag, war dadurch erweckt worden, daß seine Schwester, sich umdrehend, die nun doch schmerzenden Brandwunden berührte. Er stöhnte und wollte die Mutter rufen, als der Herr eintrat, er aus Respekt verstummte. Wenn der alte Ohm nur erst gestorben war, dann brauchte er nicht mehr mit all seinen Geschwistern ein Lager zu theilen, dann gab es zwei Betten für den zahlreichen Nachwuchs der Familie.

Und die Erfüllung der sehr bescheidenen Hoffnung des Knaben konnte nicht allzu fern sein. Der Greis hatte zu sprechen aufgehört und begann zu röcheln.

Umsonst, daß Erich sich über ihn neigte, seinen Namen nannte, ihm zuredete. Die starren Augen verriethen durch kein Aufleuchten, daß er ihn höre, kenne, verstehe. Der Todeskampf war eingetreten. Ungewöhnlich schwer bei einem Alter von mehr als achtzig Jahren, in dem der schwache Lebensfunke sonst doch sanft zu erlöschen pflegt.

„Und er wollte den Herrn so gern noch mal sprechen —“ schluchzte Frau Wielonek. „Das Letzte, was ich von ihm hörte, ehe ich einnickte, war: „Unter'm Hammer —“ Er wollte wohl sagen: „ist gut wohnen.“ Er hielt so viel auf die Herrschaft! Aber von einem Geistlichen wollte er, Gott sei's geklagt, nichts hören.“

Also wußte der alte Wielonek vielleicht doch etwas Besonderes — wollte es vor seinem Ende mittheilen. Erich erschrad lebhaft und noch mehr für seine Mutter, als für sich selbst. Wenigstens wußte sie diese Nacht noch nichts von dem, und wahrscheinlich völligem, Scheitern ihrer Hoffnungen.

Der junge Mann in der Kammer, sonst ein Niese an Kraft, wie sein Bruder, machte vergebens eine verzweiflungsvolle Anstrengung, sich zu erheben; er war nicht minder hilflos, als der Sterbende, der vor einem halben Jahrhundert gleichfalls ungewöhnlich stark gewesen, dessen Kraft achtzig arbeitsvolle Jahre nicht völlig aufgezehrt hatten, wie der heftige Todeskampf bezeugte. Wielonek war nicht da.

„Er treibt sich öfters Nachts herum, ist ganz außer Rand und Band!“ verklagte die Magd den zukünftigen Schwager beim Herrn.

Die Frau legte mit bittendem Blick den Finger auf den Mund.

Agneta bettete den Kopf des Röchelnden höher, beugte seine ohnehin feuchte, tiefgefurchte Stirn mit heißen Thränen. Vor Jahren schon hatte sie gedacht, durch den Segen des Priesters in seine Familie aufgenommen zu werden; jetzt war keine Aussicht dazu vorhanden, sie

so gut, oder vielmehr so schlimm daran, wie eine Wittwe. Aber nein, doch nicht so schlimm. Noch konnte sie ja für ihren Lohn dem armen, gelähmten Andreas eine Erquickung bereiten. Denn sein Appetit war so vortreflich, wie jemals.

Erich ging selbst nach dem Arzte. Es reute ihn außerordentlich, daß er versäumt, dem Rufe des Sterbenden zu folgen, ehe es zu spät geworden. Wenn man immer wüßte, was man, meist ohne böse Absicht, versäumt!

Dieses erlöschende Leben, das in seiner langen Dauer gewiß recht dunkel und schwer gewesen, dem in seiner letzten benutzten Regung nicht einmal der Lichtstrahl eines erfüllten Wunsches geworden; dazu der gelähmte, noch so junge Mann, die arme Agneta mit ihrer vor-aussichtlich ewigen Brautenschaft — das Alles erschütterte Erich außerordentlich — mischte sich mit dem, was ihn persönlich drückte. „Unter'm Hammer,“ wiederholte er des Greises letzte Worte, während er durch die dunkle Nacht nach dem Städtchen und der Wohnung des Arztes eilte. „Wenn Göthe meint, wir müßten „Ambos oder Hammer sein,“ so scheint's mir vielmehr, man befindet sich auf dem Ambos Leben unter den Schlägen des Schicksals Hammer, der uns recht wacker bearbeitet. Wir alle hier wenigstens sind recht eigentlich unter'm Hammer! Ich wünschte, der Rentmeister geriethe auch einmal unter denselben, obgleich das — kein frommer Wunsch ist, ich ihn schon um Evelinens Willen nicht hegen sollte. Nun, würde wenigstens gutes Eisen daraus und träfen die Schläge nicht auch manchmal zu hart, so daß — das Metall zerspringt.“

IV.

Eveline überhäufte am anderen Tage ihren Vater mit all jenen kleinen Zuorkommenheiten, in denen Frauen so unendlich erfinderisch sind, wenn sie eine Absicht durchsetzen oder ihre Erkenntlichkeit an den Tag legen wollen. Der Strahl der Frühlingssonne, vor dem Eis und Schnee zerfließen, der alle schlummernden Reime und Triebe wieder zu neuem Leben weckt, ist nicht wirksamer, als solch zärtliches weibliches Walten, als diese Befriedigung kleiner Wünsche oder Bedürfnisse, ehe dieselben noch geäußert werden, diese unablässige und selbstverleugnende Aufmerksamkeit, die sogar unbequemen oder störenden Gewohnheiten liebevoll Rechnung trägt. Und das Alter sonnt sich besonders gern, genießt mit ganz vorzüglichem Behagen den milden Sonnenschein, der dem kalten träge fließenden Blut so wohlthut. Es gleicht darin den Kindern, denen Licht und Wärme auch unentbehrlich ist zum Gedeihen.

Der Rentmeister schien sich dennoch nicht wohl zu fühlen in den Strahlen der töchterlichen Zärtlichkeit. Hatte er sich derselben schon so entwöhnt in den letzten Monaten, oder gab es einen besonderen Grund des Gefrierens in ihm? Zuweilen war's allerdings, als wolle er aufstauen an Eochens Blick und Lächeln. Aber dann entzog er sich ihren Liebkosungen fast heftig, verschmähte unwirsch die Beweise ihrer Aufmerksamkeit und schloß nothwendige Arbeiten vor, um sich zu entfernen.

Kopfschüttelnd sah das Mädchen ihm nach. Im Garten beschäftigte er sich nicht, die Fische im Teich fütterte er nicht selber, wie sonst; er lief vielmehr in seinem Zimmer unruhig auf und nieder, wie sie beklommen, — er lauschte oder er ging aus, ohne zu sagen, wohin, ohne erheitert wiederzukommen. Im Gegentheil, er schien noch verstimmt und erregt.

Beim Abendessen erzählte die Verwandte als eine Neuigkeit, die das Städtchen durchlief: der Arbeiter Wielonek sei weder in der Nacht noch den Tag hindurch heimgekommen; ein Unglück konnte ihm doch wohl nicht begegnet sein, ohne daß es kund geworden — er müßte denn gerade ertrunken sein. Allein bei der unbedeutenden Tiefe des Flusses war das nicht wahrscheinlich, zumal sich von der Leiche keine Spur gefunden. Die heimliche Entfernung wurde dem Manne sehr verdacht, da sein alter Verwandter im Sterben lag, die Familie seiner wahrlich bedurfte.

„Der Kerl wird doch nicht etwa —“ rief der Rentmeister unwillkürlich aus, fügte dann mit erzwungener Fassung hinzu: „wieder dumme Streiche machen?“

Als später Eveline mit ihm allein war, sagte sie: „Das Verschwinden des Mannes beunruhigt mich. Und Dich auch — ich sehe es Dir ja an, Vater; wenn er sich nur nicht ein Leides that; dies häusliche Unglück und —“ sie zögerte, es auszusprechen, „und die Furcht vor Deiner Anzeige ihm den Kopf verwirrte? Wie anders sah er früher aus! Ich erkannte ihn gestern gar nicht wieder, entsetzte mich förmlich vor ihm.“

„Da kommst Du mir schon wieder mit Einbildungen, wie Du sie aus Romanen schöpfst. Die Art Leute ist nicht so feinfühlig, muß etwas derb angefaßt werden, will man sie überhaupt im Zügel halten. Ich glaube gar, Du machst mir einen Vorwurf daraus, daß ich ihn ein wenig zappeln lasse in seiner Angst? Die Strafe ist gewiß gelinde genug, — zu gelind für eine solche Frechheit! Ohne meine dumme Nachgiebigkeit bei Deinen flehentlichen Bitten hätte er bekommen, was er verdiente. Die ganze Sippschaft taucht nicht viel — wer weiß, was der Alte, der, wie man sagt, nicht sterben kann, auf seinem Gewissen hat. Und was den Andreas anlangt —“ (Fortsetzung folgt).

Vermischtes.

Ein Newyorker Blatt erzählt: Jimmie Wharton, von dem es heißt, daß er ein sehr flotter Garcon gewesen, heirathete unlängst. Am Morgen nach der Hochzeit ersuchte die Lady den Gatten, ihr bei der Toilette zu helfen, da das

Kammermädchen von ihr einen anderen Auftrag erhalten. Der Gatte that es bereitwillig, und als er mit dem Zuschneiden des Nieders fertig war, erstaunte er nicht wenig, sein schönes Weibchen in Thränen zu finden. „Nun, mein kostbarer Schatz,“ fragte er, „was giebt's? Warum Thränen?“ „Oh Jimmie,“ erwiderte sie, weinend, als ob ihr das Herz brechen wollte, „wie oft mußst Du das gethan haben, um es jetzt so gut zu treffen. Das macht mich unendlich unglücklich!“

*** [Gefährliches Beisammensein.] Im Territorium Wyoming dürfen Frauen bekanntlich als Geschworene fungiren. In einem kürzlich dafelbst verhandelten Proceß bestand, wie die N.-Y.-H. erzählt, die Jury aus sechs Männern und sechs Frauen, welche, da sie sich über ein Verdict nicht einigen konnten, über Nacht eingeschlossen wurden. Als der Richter am nächsten Morgen vorzuführen befaß, waren nur noch ein Geschworener und eine Geschworene vorhanden, die übrigen fünf Paare hatten verzerrt Gefallen an einander gefunden, daß sie, ungeachtet der sie an andere Gattin resp. Gattinnen fesselnden Bande, durchgebrannt waren und die Grenzen des Territoriums bereits hinter sich hatten. Das zurückgebliebene Paar, welches der Versuchung widerstanden, war ein Schwiegersohn und seine eigene Schwiegermutter.

Provinzielles.

Liljit. [Rechte Memel-Mer-Bahn.] Das Projekt der sogenannten rechten Memel-Mer-Bahn mit den Endpunkten Liljit und Kowno ist, nach der „Lil. Ztg.“, insofern schon über die ersten Anfänge hinaus gediehen, als dasselbe jetzt in Petersburg sehr stark erwogen wird. Die Entscheidung sagt das gen. Blatt, liegt durchaus in Petersburg und nicht mehr in Berlin.

Rönigsberg. (R. H. Z.) Außer dem Stettiner Dampfer „Orpheus“ ist auch der Dampfer „Preuße“, welcher letzterer den hülzernten Dampfer „Möwe“ im Schlepptau führte, gestern von Pillau hier eingetroffen. Wie die betreffenden Capitains berichten, ist allerdings ein Theil des Haffes eisfrei, desto mehr aber findet sich von der Peise ab, wo die Maschinen mit aller Kraft arbeiten mußten, die Schiffe durchzubringen. Hinter ihnen schloß sich jedoch die Eismasse so gleich wieder, so daß dort ein offenes Fahrwasser nicht verblieben ist.

Der mehrfach erwähnte Circularerlaß des evangelischen Oberkirchenraths auf die Beschlüsse der Provinzialsynoden in der Trauungs- und Wiedertrauungsfrage enthält folgende speciell die Preussische Provinzialsynode angehende Stelle: Auch der Antrag der Preussischen Provinzialsynode, daß gegen die Entscheidung der Kreisynode, beziehungsweise deren Vorstands, noch der Refkurs an den Vorstand der Provinzialsynode zulässig sein und daß dem Refkurs in diesen Angelegenheiten aufschiebende Kraft beigelegt werden soll, ist darum wenigstens zur Zeit inausführbar, weil derselbe eine Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einschließt.

Stallapönen. Der „Pr. L. Z.“ wird von hier folgende Geschichte erzählt: Ein Eigenthümer in dem Dorfe M. war seit einigen Tagen einem Fittis, der ihm die im Kuhstall sitzende Hühnerzahl schon bedeutend verkleinert hatte, auf der Spur. Er hatte gemerkt, daß der Hühnerdieb immer unter der Holzschwelle des Thiergerüsts gegangen. Ein aufgestelltes Fuchseisen, von der Art, wie man sie zum Rattenfangen benutzt, sollte dem ungeliebten Gast für immer diesen Weg verleiten. Schon einige Morgen hatte er die Falle leer von der Stelle genommen, aber unverbrochen wieder Abends aufgestellt. Da eines Abends, die Uhr mag wohl schon nach 11 gewesen sein, hörte der Eigenthümer einen Schrei, der ihn sofort aus dem Bette trieb. Er eilte hinaus und sah zu seinem Staunen die Thür zum Kuhstall auf. Hier fand er nun einen Menschen, der unter Stöhnen damit beschäftigt war, seinen in dem Eisen befindlichen Fuß aus der Falle zu entfernen. Die ganze Geschichte kam dem Eigenthümer selbst so kurios vor, daß er den nächtlichen Gast mit einem reichlichen Geschenk, bestehend in gewichtigen Hieben entließ.

Marlenwerder. [Unglücksfall auf der Weichsel.] Wie die „N. W. M.“ erfahren, wurde in der Nacht vom 7.—8. d. die Kette der fliegenden Fähre in Kurzebrak durch eine Holztrakt gesprengt. In Folge des Wachsens der Weichsel und eines eingetretenen starken Windes wurde die Kraft von ihrer Verankerung losgerissen, durch die Strömung des Aufses auf die Fährfähne getrieben und dadurch eine Zerspaltung der Kette verurteilt. Den auf der Trakt befindlichen Flößern gelang es nicht, weder das richtige Fahrwasser, noch weniger das Land zu erreichen. Ihr klägliches Hilferuf wurde zwar in Kurzebrak gehört, aber Rettung konnte nicht gleich zur Stelle sein und 13 Mannschaften sind ein Opfer ihrer Anstrengungen in dem tückischen Weichselströme geworden.

Danzig. Die Einnahmen auf der Königl. Ostbahn haben sich trotz der andauernden Geschäftsstille und trotz der geringeren Getreidezufuhren aus Rußland, wo in einzelnen Districten ungünstige Ernten gewesen sind, weshalb Getreideausfuhren nicht stattfinden können, recht günstig gestellt, so daß z. B. für das dritte Quartal dieses Jahres gegen das gleiche Quartal des vorigen Jahres ein Plus von 450,000 Mk sich ergeben hat. Der Güter-Verkehr, bemerkt die „D. Z.“, ist hierbei immer noch in so geringen Dimensionen, daß ein großer Theil der vorhandenen Güterwagen nicht verwendet werden kann. Derselbe kann immerhin den doppelten Umfang annehmen, ohne daß zu befürchten ist, daß irgend eine Stockung eintreten wird. Der Personenverkehr hat im dritten Quartal eine Mehr-Einnahme von sogar beinahe 700,000 Mark gegen das zweite Quartal d. J. ergeben, so daß dieser Verkehr davon Zeugniß giebt, daß die Reiseflust in unserer Provinz wieder erwacht ist.